

Empfehlungen

der Ausschüsse

Jahresgutachten 1984/85 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

- Drucksache 590/84 -

Jahreswirtschaftsbericht 1985 der Bundesregierung

- Drucksache 60/85 -

Punkt der 549. Sitzung des Bundesrates am 22. März 1985

A.

Der **federführende Wirtschaftsausschuß (Wi)**
und der **Ausschuß für Arbeit und Sozialpolitik (AS)**
empfehlen dem Bundesrat, wie folgt Stellung zu nehmen:

- Wi
1. Der Bundesrat geht wie Bundesregierung und Sachverständigenrat davon aus, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung 1985 fortsetzt. Auch er sieht in der deutlich gestiegenen Investitionsbereitschaft der Unternehmen und in einer starken Auslandsnachfrage die Hauptstützen der Konjunktur.

- Wi 2. Bei seiner insgesamt positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten verkennt der Bundesrat aber nicht die Probleme einzelner Wirtschaftsbereiche, wie sie vor allem in der Bauwirtschaft bestehen. Besondere Bedeutung ist deshalb produktivitätsfördernden und infrastrukturverbessernden Investitionen im öffentlichen Bereich beizumessen, die einen wichtigen Beitrag zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die private Investitionstätigkeit leisten. Der Bundesrat fordert gleichzeitig die Kommunen auf, ihren wiedergewonnenen finanzpolitischen Handlungsspielraum zugunsten einer verstärkten Investitionstätigkeit einzusetzen.
- Wi 3. Der Bundesrat sieht wie die Bundesregierung und der Sachverständigenrat in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor das wirtschaftspolitische Ziel Nummer eins. Auch er hält eine marktwirtschaftliche Politik, die Leistungs- und Risikobereitschaft stärkt, Eigeninitiative und Flexibilität fördert, für den einzig richtigen Weg, um die drängenden Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Der Bundesrat setzt sich deshalb mit Nachdruck dafür ein, daß die im Herbst 1982 eingeleitete Neuorientierung der Wirtschaftspolitik konsequent fortgesetzt wird. Er begrüßt insbesondere die Pläne der Bundesregierung, das Steuersystem auch über die bereits getroffenen Entscheidungen hinaus investitions- und wachstumsfreundlicher zu gestalten. Gleichzeitig hält er im Rahmen einer konsequent fortzusetzenden Konsolidierungspolitik weitere Fortschritte bei der notwendigen Umschichtung öffentlicher Ausgaben in Richtung auf wachstums- und beschäftigungsfördernde investive Maßnahmen für unverzichtbar.

- Wi 4. Im Zusammenhang mit der Vermögenspolitik unterstreicht der Bundesrat die schon im Jahreswirtschaftsbericht 1984 getroffene Feststellung der Bundesregierung, daß es sich bei dem am 1. Januar 1984 in Kraft getretenen Vermögensbeteiligungsgesetz um einen ersten Schritt zum Ausbau der Vermögensbildung handelt, dem in dieser Legislaturperiode ein zweiter Schritt folgen soll.

Die Bundesregierung wird gebeten, den angekündigten Gesetzentwurf möglichst frühzeitig noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen. Dabei sollten , wie im Beschluß des Bundesrates vom 16. Dezember 1983 - Drucksache 517/83 (Beschluß) - ausführlich dargelegt,

- die Anlagemöglichkeiten des Vermögensbeteiligungsgesetzes noch stärker auf Produktivvermögen ausgerichtet werden und
- indirekte (überbetriebliche) Beteiligungsformen über Beteiligungs-Sondervermögen durch eine Erweiterung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften (KAGG) - unter Wahrung der Wahlfreiheit für Arbeitnehmer und Unternehmen - ermöglicht werden.

- Wi 5. Wie Bundesregierung und Sachverständigenrat hält auch der Bundesrat flexiblere Regelungen auf dem Arbeitsmarkt für notwendig, um die Beschäftigungslage zu verbessern. Eine rasche Verabschiedung des Beschäftigungsförderungsgesetzes erscheint ihm deshalb dringend geboten. Er weist gleichzeitig aber in aller Deutlichkeit darauf hin, daß eine nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarktes auf die Unterstützung der Tarifpartner angewiesen ist.

- Wi 6. Ebenso wie die Bundesregierung anerkennt der Bundesrat den Beitrag, den die Wirtschaft in den letzten beiden Jahren bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen geleistet hat. Er appelliert an die Betriebe, auch 1985 wieder alle Möglichkeiten zu nutzen, um der nochmals hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen gerecht zu werden. Der Bundesrat hält es allerdings für bedauerlich, daß die Anpassung mancher Ausbildungsordnungen und Berufsbilder an die technologische Entwicklung teilweise nur mit erheblicher Verzögerung vonstatten geht. Er fordert deshalb die Bundesregierung und die übrigen am Zustandekommen der Ausbildungsordnungen und Berufsbilder beteiligten Stellen auf, auf einen zügigen Erlaß der erforderlichen Rechtsgrundlagen hinzuwirken. Die Länder werden ihre flankierenden Sonderprogramme zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation im Jahr 1985 bedarfsgerecht fortführen.

- Wi 7. Der Bundesrat ist wie die Bundesregierung der Ansicht, daß der schnellen und marktnahen Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Verfahren große Bedeutung zukommt. Er sieht sich durch den Sachverständigenrat in seiner Ansicht bestätigt, daß die staatliche Forschungs- und Technologieförderung in erster Linie darauf abzielen sollte, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebskräfte des Marktes zu stärken. Der Bundesrat ist aber auch der Meinung, daß der Staat dazu beitragen kann und muß, damit sich der technologische Umsetzungs- und Realisierungsprozeß rascher, reibungsloser und effektiver vollzieht.

- AS
Wi
/nur AS/
8. Der Bundesrat stellt fest, daß alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften von den verstärkten Arbeitsmarktproblemen, die in jüngster Zeit eher zugenommen haben, betroffen sind. Eine Stärkung der wirtschaftlichen Position Europas insbesondere gegenüber der derzeitigen Attraktivität der Vereinigten Staaten von Amerika und eine damit verbundene Entlastung des Arbeitsmarktes können nur über ein gemeinsames wirtschaftliches Handeln auf europäischer Ebene erreicht werden.
- AS
Wi
/nur AS/
9. Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, alle Möglichkeiten für eine stärkere Konvergenz und Integration der Wirtschafts-, Handels- und Währungspolitik in Europa zur Entfaltung der eigenen Binnenmarktkräfte auszus schöpfen.
- AS
Wi
10. Eine koordinierte Politik auf EG-Ebene muß an den in Europa durchweg verbesserten Voraussetzungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit ansetzen. Die schnelle technologische Entwicklung der letzten Jahre hat einen großen Modernisierungsbedarf entstehen lassen. Der hohe Dollarkurs muß auch als Chance genutzt werden, das Produktionspotential zu erneuern, neue Produkte zu entwickeln und neue Märkte zu erobern.
- AS
Wi
/nur Wi/
11. Der Bundesrat tritt dafür ein, daß die politische Antwort auf den weltweiten Strukturwandel nur in einer weltoffenen Modernisierungsstrategie liegen kann, die die Wettbewerbsfähigkeit einerseits durch den Einsatz von Spitzentechnologien sichert und ausbaut, unterstützt durch staatliche Förderung, andererseits strukturschwachen Regionen und Industrieregionen mit heftigem Strukturwandel die Chance läßt, sich umzustrukturieren und zu modernisieren.

Wi 12. Den Schutz der Umwelt sieht auch der Bundesrat als ein Anliegen mit hoher Priorität. Er begrüßt es deshalb, daß die Bundesregierung in ihrem diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht einer konsequent marktwirtschaftlichen Umweltpolitik breiten Raum einräumt. Auf nationaler Ebene sind nach Ansicht des Bundesrates bereits deutliche umweltpolitische Fortschritte erzielt worden. Der Bundesrat sieht in der planvollen und ausgewogenen Nutzung des technischen Fortschritts für den Umweltschutz auch die Chance, durch umweltfreundliche Produkt- und Verfahrensinnovation zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen beizutragen. Den kommenden Wirtschaftsgipfel in Bonn hält er für eine gute Gelegenheit, um auch im internationalen Bereich weiter voranzukommen.

B.

13. Der Finanzausschuß

empfiehlt dem Bundesrat, von dem Jahresgutachten 1984/85 und von dem Jahreswirtschaftsbericht 1985 Kenntnis zu nehmen.